

erschient täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montag nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25

Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt Abend-Ausgabe

Haupt-Expedition: SW. Jerusalemstr. 46/48. Telefon: Amt 1 Nr. 1031-1034.

Redaktion: Jerusalemstr. 46/48. Für unerwartet eintreffende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Karl Volkmann, Berlin W. Verlag: Dr. Rudolf Woffe, Berlin SW.

Die Thronrede

Zur heutigen Eröffnung des preussischen Landtages, vom König von Preussen verlesen, lautet:

Ertauchte, edle und geistreiche Herren von beiden Seiten des Landtages! Ein Jahrhundert ist verstrichen, seit mein in Gott ruhender Vorfahr, unser König Friedrich Wilhelm III. durch Erlass der Städteordnung die Bürger Preussens zur Teilnahme an der Verwaltung des städtischen Gemeinwesens berief.

Vorarbeiten über das Wahlrecht

Zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erforderlich, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Bewusstseins sowie der Erfüllung städtischer Verwaltungsaufgaben entspricht.

Aufhebung des Dienstvermögens

Der Staat der etwa 200 Millionen Mark. Der Grund der Lage wird dadurch gesteigert, daß der schon im Herbst des Rechnungsjahres 1907 antwort gegebene ungünstige Stand der Finanzen des Staates andauernd, ja sich im laufenden Jahre verschlechtern wird.

erhöhte finanzielle Belastung

von Vermögen und Einkommen in der höheren Stufen aufgebracht wird. Entsprechende Gesetzesentwürfe, die zugleich eine zweckmäßiger geordnete Besteuerung der kapitaltragenden Erwerbsgesellschaften anstreben, werden Ihnen vorgelegt werden.

Das höhere Mädchenschulwesen

schon, die Ihnen bereits bekannt ist, mit dem Ziele ausgestattet werden, die Bildung der heranwachsenden weiblichen Jugend unter voller Berücksichtigung der häuslichen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben des weiblichen Geschlechts allgemein zu vertiefen und denjenigen Mädchen, die im selbstständigen Erwerb oder in wissenschaftlicher Arbeit ihren Beruf suchen, die Vorbereitung dazu zu erleichtern.

in nahem Orient

Ge Ereignisse vollziehen, die die Aufmerksamkeit Europas in Anspruch nehmen. Sind wir dort auch politisch weniger interessiert als andere Mächte, so erfordert jene Vorgänge doch ernste Beachtung. Das Deutsche Reich wird in seiner Gemeinschaft mit seinen Verbündeten für eine friedliche und gerechte Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten eintreten.

Wo sind die Zeiten, da der preussische Finanzminister sich

bei dem Reichsfinanzparlament rühmen konnte: 'Wir haben bei dem Reichsfinanzparlament die Gewinna- und des Staats-Einkommens der Borussia der reichs-preussische Finanzminister hervord, den eine jahrelange verdienstvolle Wirksamkeit hervorgeführt hat. Jetzt zeigt sich der 'Segen'

der Lebensmittelverteilungspolitik des Reiches in seiner traurigen Rückwirkung auf Reich und Einzelstaaten. Denn die Notwendigkeit der Erhöhung der Beamten- u. Gehälter ist die Frucht der Zoll- und Liebesgabenpolitik des Reiches. Ohne Lirache keine Wirkung. Unter der Verhinderung und Bepflanzung des Agrarierturnus leiden alle anderen Erwerbstreie. Und wenn man nun den Beamten höhere Gehälter zahlen muß, damit für sie die Lebensmittelverteilung ausgedehnt wird, so haben sich die Kreie, die nimmere zu höheren Steuern herangezogen werden sollen, auch hierfür bei den Agrariern zu bedanken, die in Verbindung mit allen anderen Reaktionen Deutschlands in eine Schulden-, Defizit- und Lebensmittelverteilungspolitik hineingetrieben haben.

Die Inanspruchnahme von Sparmitteln in der Staatsverwaltung durch die Vereinfachung des bürokratischen Apparates ist gewiß gut gemeint. Allein es wäre ein in die Türe führender Optimismus, wenn man auf die Bewirtschaftung große Hoffnungen setzte. Die preussische Staatsverwaltung in ihrer gegenwärtigen Verfassung, durch konservative Inzucht sorgfältig als abgeschlossenes, volkstrennendes Verwaltungssystem durch und durch unumkehrbar feste herangezogen, ist gänzlich außerstande, die Gebrechen, an denen sie vermagte des falschen Systems leidet, auch nur zu erkennen, geschweige sie zu beseitigen.

Der Selbstverwaltung wird zwar in der Thronrede, weil zufällig die Städteordnung

hundert Jahre alt ist, mit wohlklingenden Worten gedacht. Allein in der Praxis ist die Selbstverwaltung gerade in den größten und führenden Bundesstädten, in Preußen, im Laufe der Jahrzehnte systematisch eingeschränkt worden. Schon die Verfassung der Reichlichen Städteordnung, die im Jahre 1858 in einer der reaktionärsten Epochen Preussens vorgenommen worden ist, hat von dem ursprünglichen Geiste dieses Gesetzes nicht mehr viel übrig gelassen. Und was die reaktionäre preussische Regierung seitdem bis in die letzten Tage hinein im Verwaltungswege getan hat, um die Selbstverwaltung nach Möglichkeit zu verkrüppeln, das wissen die Epochen von den Dächern.

Zarte Andeutungen über eine 'organische Fortentwicklung'

des samolen preussischen Dreiklassenwahlrechts schmücken die Thronrede in ihrem erlen Abfah. Jedes, was man von dieser 'organischen Fortentwicklung' zu halten hat, weicht man genaugan aus der berühmten bräunten Abgabe Wilows an die Bloctreue, an diese im Abgeordnetenhaus in ihrer belamten laien Art Reformier markierten. Die traurigen Ungerechtigkeiten des Dreiklassenwahlrechts sollen nach Wilows Erklärung bestehen bleiben. Und was die 'umfassenden Vorarbeiten' anbetrifft, die von dem Ministerium Wilow für notwendig gehalten werden, um die schlimmsten Seiten des preussischen Wahlrechts — aufrechtzuerhalten, so weiß man, daß damit die auf ein und ein viertes Jahr (!) berechnete 'statistische Bearbeitung' der letzten Wahlergebnisse gemeint ist. Ist auf diese Weise die Wahlfreiefrage glücklicherweise im preussischen Landtag geworden, so hat der Bloctreue ihm zu tun erlaubt; so hat der Bloct auch im Reichstage alles geleistet, was er an liebdenierender Hypernichtigkeit für die Reaktion zu leisten vermag. Die 'Finanzreform' hat er dann nach dem Diktat Wilows gestalten lassen. Aber von einem Erlass des preussischen Dreiklassenwahlrechts durch das Reichstagswahlrecht wird niemals die Rede sein.

Von eigentlichen Kulturaufgaben und ihrer Lösung

das bischen Mädchenschulwesen kommt dabei kaum in Frage — schweigt die Thronrede. Und das ist vielleicht das Beste an ihr. Sie erweckt wenigstens auf diese Weise nicht erst Hoffnungen, denen die Erfüllung bei der in Preußen herrschenden finsternen Reaktion unter allen Umständen fehlen muß. Was soll an frischen, fröhlichen, fortschrittlichen, modernen Leben erblühen in dem Lande, wo das preussische Junkertum für die Regierungstheorie und Regierungspraxis maßgebend ist?

Immerhin ist der 'nahe Orient' eine Konzeption

an das zwanzigste Jahrhundert. Noch Goethe sagte: 'Wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinanderbergschlagen'. Jetzt, im Zeitalter der Orientexpeditionen, des Telephons und der drahtlosen Telegraphie, ist der Orient uns allerdings erheblich näher geracht, und wenn bei fröhlichen orientalischen Wirren der deutsche Kaiser nicht zufällig auf Reisen und der Reichskanzler nicht zufällig in Nordrußland ist, so können beide gemeinsamlich schon in sehr kurzer Zeit in bezug auf die auswärtige Politik wichtige Konferenzen abhalten und wichtige Beschlüsse fassen. Das das Deutsche Reich die Schwierigkeiten in dem 'nahe Orient' nicht vernachlässigen erhöhen wird, würde man auch ohne die ausdrücklich in der Thronrede gegebene Versicherung für selbstverständlich halten.

Delcassé als Ministerstürzer.

Der Rücktritt des Marineministers Thomson.

Wie bereits im letzten Morgenblatt berichtet wurde, hat der französische Marineminister Thomson nach dem Schluß der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer, die sich mit dem Ergebnis der Untersuchung über die verhängnisvolle Explosion auf dem Panzerschiff 'Zena' beschäftigt hatte, seine Demission eingereicht. Heber dem Schluß der Sitzung wurde uns noch aus Paris berichtet:

Nach Beendigung der Debatte wurde der erste Teil einer von Delcassé eingebrachten Tagesordnung mit 568 gegen 1 Stimme angenommen, in der die Auslösung der Katastrophe der 'Zena' festgestellten Mängelhaftigkeiten und Fehler besagt wurde. Auf einen Zwischenruf, Betränen der Regierung, aber nicht dem Marineminister! erklärte Clemenceau, daß er mit Thomson solidarisch sei. Der zweite Teil der Tagesordnung Delcassé, der jeden Zusatz abfuhr, wurde mit 324 gegen 231 Stimmen verworfen trotz der Einmündung Delcassés, daß die erste einmütige Abstimmung das Vertrauen zur Regierung ausdrücklich, die letztere beugungen habe. Die Kammer nahm hierauf mit 345 gegen 122 Stimmen einen Zusatzantrag an, der der Regierung das Vertrauen anspricht. Die Tagesordnung Delcassé wurde sodann im ganzen fast einstimmig angenommen.

Die Kammer und Herr Clemenceau hatten also dem bisherigen Marineminister Thomson eine goldene Brücke gebaut; nach dem Ergebnis der Abstimmung war aber der Rücktritt dieses Ministers unvermeidlich.

Nach weiteren telegraphischen Meldungen aus Paris existiert die gesamte Pariser Presse die durch das gestrige Kammerdebüt verursachte Demission des Marineministers Thomson und hebt hervor, daß sie hauptsächlich auf die Angriffe Delcassé zurückzuführen sei. Die rechtsstehenden Blätter erklären, daß an der in der Kriegsliste vorgelommenen Katastrophe nicht ein einzelner Mann, sondern das ganze Verwaltungssystem schuld sei. Einige Zeitungen meinen, daß Thomson hauptsächlich die von seinem Vorgänger begangenen Fehler büßen müsse. Inbetreff des Nachfolgers liegen noch keine Anhaltspunkte vor. In den Mandatsfragen der Kammer wurden der Deputierte Chaumont, der Senator und ehemalige Justizminister Louis sowie der Admiral Journer genannt.

Das Interessanteste an der ganzen Affäre ist der Umstand, daß Herr Delcassé wieder aus der Verurteilung ausgetastet ist. Er hat gestern in der Kammer einen großen Erfolg errungen; es ist daher keineswegs ausgeschlossen, daß er bald wieder eine leitende Stellung in der Regierung erhält.

Direkte Verhandlungen.

Die Aussichten der Orientkonferenz

werden immer schlechter, und die Ästien Jansoffski finden immer tiefer. Die an dem Konflikt hauptsächlich Beteiligten, nämlich Oesterreich-Ungarn und die Türkei, sind, wie schon erwähnt, zu dem sehr vernünftigen Entschlusse gelangt, die Angelegenheit unter sich auszumachen, was angeht, der immer noch drohenden Kriegsgefahr nur mit Beifall begrüßt werden kann; denn mit direkten Verhandlungen kommt man eher zum Ziele als mit einer langwierigen Konferenz, und das ist im Interesse der Erhaltung des Friedens sehr wichtig. Nach der Petersburger 'Wochenzeitung' begannen in Konstantinopel besondere Verhandlungen zwischen der Türkei und Oesterreich mit dem Inhalte, daß Oesterreich Bulgarien im Kriegsfall nicht unterstützen und der Türkei gegenüber freundschaftliche Neutralität beobachten soll. Außerdem soll Oesterreich der Türkei eine größere Aneiche garantieren, wenn die Angelegenheit anerkannt wird. Aus offiziellen Kreisen verläutet, daß Italien sich dem zwischen England, Rußland und Frankreich getroffenen Abkommen anschloß. Am Zusammenkommen der Konferenz wird allgemein gezwweifelt. Wie der Londoner 'Daily Telegraph' ebenfalls erfährt, sei die österreichische Regierung mit der Porte bereits zu einer Verständigung über die Annexion Bosniens und der Herzegowina gelangt. Man habe sich darin geeinigt, daß die interessierten Mächte in der Konferenz nur noch die vollzogene Tatsache zu ratifizieren hätten.

zu einer Verständigung

Wie gemeldet wird, der bulgarische Regierung mit Rücksicht auf die Truppenbewegungen den Rat, sich aller Maßregeln zu enthalten, die die Türkei zu Grenzverletzungen veranlassen und dadurch die Gefahr eines Konfliktes mit sich bringen könnten. In gleichem Sinne wurden auch bei der Porte entsprechende Schritte unternommen. Gegenüber diesen Vorgängen hat die Neutral-Meldung, daß

Das Konferenzprogramm

jetzt unter den verschiedenen Großmächten erörtert werde, nur noch einen verminderten Wert. Mittellenswert ist einzig, daß weder die Dardanellenfrage noch die Frage der Angliederung Kretas an Griechenland vor die Konferenz kommen werde. Beide Fragen sollen gemäß den Wünschen der türkischen Regierung erledigt werden. Des weitern erlaubt das britische Bureau, der bulgarische Gefahstänzer habe der britischen Regierung mitgeteilt, er sei von seiner Regierung amtlich beauftragt, die kategorische Versicherung abzugeben, daß Bulgarien jedem und jedem Schritt tun werde, um einen Krieg mit der Türkei zu vermeiden. Aus Konstantinopel wird dann auch gemeldet;